

„ *Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V.* ”

BIRSO- Fraktion des Stadtrates Pößneck

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223;

Mobil 0160 96461516; E-Mail: kleindienst@birso.de; Internet: www.birso.de

Bürgermeister der Stadt Pößneck

Herrn Michael Modde

Am Markt 1

07381 Pößneck

Pößneck, den 15.01.19

Betrifft: 15. Antrag zur nächsten Stadtratssitzung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion der BIRSO stellt für die nächste Stadtratssitzung folgenden Antrag:

„Der Stadtrat beschließt die Aussetzung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bis zum 31.10.2019.“

Begründung:

Die Regierungsfractionen im Thüringer Landtag wollen noch in 2019 die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 01.01.2019 abschaffen. Dazu soll das Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) entsprechend geändert werden. Die Fraktion der BIRSO unterstützt die dahingehende Forderung des Gemeinde- und Städtebundes, des Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN), vieler Bürgermeister, Gemeinden und der Bürgerallianz Thüringen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Thüringen. Vorgesehen ist der Stichtag 01.01.2019 und eine Regelung zur Finanzierung der Einnahmeausfälle der Gemeinden.

Derzeit wurden vermehrt für viele Straßen durch die Stadt Pößneck Straßenausbaubeiträge rückwirkend erhoben. Oft liegen die Baumaßnahmen schon 20 Jahre zurück und die Kosten wurden durch die Einnahmen bereits über wiederkehrende Straßenausbaubeiträge refinanziert. Mit der Aussetzung der Erhebung entstehen der Stadt Pößneck somit keine finanziellen Nachteile. Auch eine Verjährung von zu erhebenden Straßenausbaubeiträgen durch diesen Beschluss ist aus unserer Sicht ausgeschlossen.

Das Landesverwaltungsamt hat mit dem Rundschreiben Nr. 7/2018 vom 17.12.18 Hinweise zu den angekündigten Änderungen im Straßenausbaubeitragsrecht im Jahr 2019 an die unteren Kommunalaufsichtsbehörden der Landratsämter mit der Bitte verschickt, die Gemeinden entsprechend zu unterrichten. Darin heißt es:

„Unter Berücksichtigung der o. g. Ankündigung der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU *erscheint es daher denkbar, dass Gemeinden sich im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts entscheiden, zu Beginn des Jahres 2019 zunächst von einer Versendung von Beitragsbescheiden abzusehen. Dies gilt auch vor dem Hintergrund eines zu erwartenden Verwaltungsaufwands, der entstünde, wenn nach Inkrafttreten des Gesetzes Beitragsbescheide aufzuheben und vereinnahmte Beiträge an die Beitragspflichtigen zurückzuzahlen wären. Die unteren Rechtsaufsichtsbehörden sind angehalten, entsprechende Überlegungen der Gemeinden im Rahmen der rechtsaufsichtlichen Begleitung angemessen zu berücksichtigen.*

*„ Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. ”
BIRSO- Fraktion des Stadtrates Pößneck*

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223;
Mobil 0160 96461516; E-Mail: kleindienst@birso.de; Internet: www.birso.de

Nach den derzeitigen Überlegungen der genannten Fraktionen im Thüringer Landtag sollen den Gemeinden Beitragsausfälle erstattet werden, die dadurch entstehen, dass sie entsprechend den vorstehenden Ausführungen zu Beginn des Jahres 2019 keine Beitragsbescheide erlassen haben.“

In der Anlage unseres Antrages befindet sich das benannte Anschreiben des Landesverwaltungsamtes vom 17.12.18 und die darin zitierte Medieninformation der Staatskanzlei vom 23.10.18.

Laut OTZ haben Städte Jena und Gera die Aussetzung der Straßenausbaubeiträge ab 01.01.19 angekündigt.



Wolfgang Kleindienst
Fraktionsvorsitzender BIRSO

Anlagen:

- Hinweise zu den angekündigten Änderungen im Straßenausbaubeitragsrecht im Jahr 2019 – Rundschreiben Nr. 7/2018 des Landesverwaltungsamtes
- Medieninformation 226/2018 der Thüringer Staatskanzlei vom 23.10.18